

Mehrheitlich rassistisch motiviert

Verband der Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt legt Jahresbilanz für 2025 vor

Von Kristian Stemmler

Sie werden auf offener Straße beleidigt, bedroht und beschimpft. Sie werden getreten und geschlagen. Rechte Gewalt gegen Menschen mit anderer Hautfarbe, sexueller Orientierung oder politischer Überzeugung als die Täter sowie gegen Menschen, die auf der Straße oder mit Einschränkungen leben müssen, bleibt in der BRD auf einem »alarmierend hohen Niveau«. Das meldete der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) am Dienstag und präsentierte Zahlen für das Jahr 2025. Demnach haben die VBRG-Beratungsstellen, die in 13 der 16 Bundesländer aktiv sind, im vergangenen Jahr 3.167 derartige Angriffe dokumentiert. Von diesen Taten seien 4.298 Menschen betroffen gewesen.

Nach einem »drastischen Anstieg« entsprechender Angriffe im Jahr 2024 bewegten sich diese Zahlen weiterhin auf »sehr hohem Niveau«, heißt es in der entsprechenden Mitteilung. Im Durchschnitt seien im vergangenen Jahr damit täglich zwölf Menschen Opfer rechter, rassistischer oder antisemitischer Gewalt geworden. Mehr als die Hälfte aller dokumentierten Angriffe – nämlich 1.729 – war rassistisch motiviert. Zudem erfassten die Beratungsstellen 325 queerfeindliche und 180 antisemitische Gewalttaten. Für letztere werden als Beispiele ein Angriff in einer Erfurter Straßenbahn auf einen Mann mit Davidsternhalskette sowie ein vereiteter Anschlag auf die Synagoge in Halle (Saale) genannt. Körperverletzungen bilden mit 1.800 Fällen erneut die größte Deliktgruppe. Hinzu kommen 1.166 Bedrohungen und Nötigungen sowie 20 versuchte Tötungsdelikte beziehungsweise schwere Körperverletzungen. Zwei Menschen überlebten die Angriffe nicht.

Das Bundesinnenministerium verzeichnete in seinem [Jahresbericht der politisch motivierten Kriminalität](#) 1.246 Fälle rechter Gewalt. Judith Porath, Geschäftsführerin des brandenburgischen Vereins »Opferperspektive«, erklärte laut Nachrichtenagentur *epd* am Dienstag in Berlin, dass sich das Erfassungssystem der Beratungsstellen unterscheide. Diese nähmen auch Fälle auf, die nicht angezeigt würden. Zudem hätten Strafverfolgungsbehörden »nach wie vor Probleme beim Einordnen und Erkennen« von Fällen rechter Gewalt, argumentierte Porath demnach. »Als Beratungsstellen stellen wir eine zunehmende Normalisierung rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in unserer Gesellschaft fest«, erklärte sie laut einer Mitteilung zum Jahresbericht.

Der Sozialwissenschaftler Cihan Sinanoğlu vom Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung wies darauf hin, dass viele Betroffene »von Angst, sozialem Rückzug und der Aufgabe ihres gesellschaftlichen oder politischen Engagements« berichteten. Viele Betroffene organisierten ihr Leben

»längst unter der Frage, wo sie sich frei bewegen können, ohne erneut diskriminiert oder angegriffen zu werden«. Dies verändere »unsere Demokratie insgesamt«, sagte Sinanoğlu. Erschreckend hoch ist die Zahl von Minderjährigen, die von rechten Angriffen betroffen waren. Die VBRG-Beratungsstellen registrierten demnach 2025 mindestens 232 betroffene Kinder und 372 Jugendliche. »Besonders verheerend« sei, dass diese Angriffe meist »in der Schule, auf dem Schulweg, im Wohnumfeld oder in Freizeiteinrichtungen« erfolgt seien.

In seiner Bilanz weist der Verband darauf hin, dass die von den Beratungsstellen dokumentierten Taten nicht das ganze Ausmaß rechter Gewalt abbildeten. Viele Betroffene erstatteten keine Anzeige, da ihnen dies »erhebliche Kraft« koste, sagte Saaed Saaed vom Syrisch-Deutschen Kulturverein Magdeburg, auch Sprecher des Flüchtlingsrats Sachsen-Anhalt. Nicht wenige würden aus Angst, fehlendem Vertrauen oder schlechten Erfahrungen mit Behörden auch keine Beratung aufsuchen.

Der VBRG fordert Bund und Länder auf, die Rechte von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt zu sichern und die Arbeit der unabhängigen Beratungsstellen dauerhaft abzusichern. Die bestehenden Finanzierungen der Beratungsstellen und ihres Verbands seien gegenwärtig durch Kürzungen im Bundeshaushalt und im Bundesprogramm »Demokratie leben!« akut gefährdet und ungeklärt.

<https://www.jungewelt.de/artikel/526513.rechte-gewalt-mehrheitlich-rassistisch-motiviert.html>